Der oberschlesische Wanderer

Nr. 187
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Mittwoch, den 15. August 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 15000 deutsche Mk., für poln. Oberschl. 1500 poln. M.

Gegründet 1828

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschlesien 160000 deutsche Mark, in Polnisch-Oberschlesien 30000 polnische Mark, im Voraus zahlbar ins Haus. — Durch die Post bezogen 160000 deutsche Mark. — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — —

Die einspaltige mm-Zeile kostet in Deutsch-Oberschlesien für auswärtige und amtliche Anzeigen 12000 deutsche M für Ortsanzeigen 9000 deutsche M., Reklame-mm-Zeile für auswärtige Anzeigen 36000 deutsche M., für Ortsanzeigen 24000 deutsche M.; in Polnisch-Oberschlesien f. auswärtige u. amtliche Anzeigen 2000 poln. M., für Ortsanzeigen 1500 poln. M., Reklame-mm-Zeile 6000 und 4000 poln. Mark. Angebots- u. Auskunftsvermittelung 500 M. und Porto. Beilagengebühr 10000 M. %. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Akkord. od. bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Die Regierungserklärung im Reichstag

„Der Staat wird den Ansturm von innen und außen nur bestehen können, wenn Regierung und eine staatserhaltende Opposition sich in der Sache um die deutsche Zukunft zusammenfinden. Der Kabinettswechsel ist kein Zeichen der Schwäche. Das Kabinett ist breiter als je ein Kabinett seit Bestehen der deutschen Republik und will auch das stärkste Kabinett gegen jede Vergewaltigung Deutschlands sein."

Das Kabinett der Tat

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Stresemann, Vizekanzler Robert Schmidt, Innenminister Sollmann, Wirtschaftsminister von Raumer, Finanzminister Dr. Hilferding, Verkehrsminister Oeser, Justizminister Dr. Radbruch, Arbeitsminister Dr. Brauns, Wehrminister Dr. Geßler, Ernährungsminister Dr. Luther und Minister für die besetzten Gebiete Fuchs.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr. Anträge der Kommunisten, die Schutzverordnung des Reichspräsidenten und des preußischen Innenministers gegen umsturzlerische Umtriebe an erster Stelle der Tagesordnung zu behandeln, wird von den Kommunisten begründet. (Abg. Höllein (komm.) ruft: „Die große Koalition äußert ihre Befürchtungen. — Große Heiterkeit.) Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein, auf der die Entgegennahme der Regierungserklärung steht.

Das Wort nimmt sogleich der

Reichskanzler Dr. Stresemann

der seine Ausführungen mit einem Dank an die scheidende Regierung Cuno begann. Dr. Stresemann führte u. a. aus: Wir stehen vor großen innerpolitischen Spannungen. Die Tätigkeit der Regierung kann nur auf einer stets bejahenden Opposition sich entfalten. Der Regierungswechsel bedeutet keine Schwächung der Regierung, wie dies im Auslande von zahlreichen Blättern behauptet wurde. Die neue Regierung tritt mit demselben Nachdruck gegen jede Vergewaltigung, wie die bisherige Regierung ein. Sie besitzt das volle Verständnis für das Eigenleben der Länder, ihre Stärke beruht nicht auf den einzelnen Parteien, auf denen sie aufgebaut ist, sondern sie hoffe auch auf die Unterstützung derjenigen Kreise des Volkes, die nicht durch das Parlament vertreten werden, in erster Linie auf die Berufsstände. Die Regierung ist gewillt, alle Machtmittel gegen diejenigen Kräfte anzuwenden, die den Staat zu unterminieren drohen. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet wird heute noch in derselben Stärke durchgeführt. Er wurzelt in dem Bewußtsein des Rechtes, das das ganze Volk beseelt. Noch ist es nicht klar, welche Folgen die englischen Ausführungen in der Note an Frankreich von der Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung haben wird.

Die deutsche Regierung ist damit einverstanden, daß die Frage dieser Unrechtmäßigkeit einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet wird, weil sie der Ueberzeugung ist, daß jede unparteiische Entscheidung Deutschland die Freiheit des Rheines und der Ruhr wiedergeben wird. Wir sehnen uns nach der Rückkehr zur Arbeit im Ruhrgebiet.

Aber wir wollen nicht versäumen, es deutlich auszusprechen, daß es nur Arbeit und Freiheit, nicht aber Arbeit allein im Ruhrgebiet geben kann. Der Herr Außenminister und ich selbst haben am 8. August in diesem hohen Hause die näheren Einzelheiten der politischen Lage erörtert und dabei darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk den passiven Widerstand zur Erreichung bestimmter Ziele durchgeführt hat und noch weiter durchführt. Sind sie erst einmal erreicht, haben wir erst einmal die Freiheit im Ruhrgebiet, haben wir im Rheinlande die durch internationale Akte garantierte Lage wieder hergestellt und sind die Vergewaltigungen an den Bevölkerungen wieder zurückgenommen worden, dann wird das deutsche Volk nach einer kurzen Atempause alle Kräfte anspannen, um die ihm auferlegten Lasten bei schärfster Arbeit auf sich zu nehmen und durchzuführen wenn nur die weitere Entwickelung des deutschen Volkes gewährleistet ist.

Die Landwirtschaft muß helfen

Zur innerpolitischen Lage übergehend, wies Dr. Stresemann auf die schon verabschiedeten Steuern hin und auf die Notwendigkeit, sofort mit dieser Erklärung die Beratung der Goldanleihe zu verbinden, um keine Zeit zu verlieren. Die Regierung ist entschlossen, das Bedürfnis nach Wertbeständigkeit mit allen Mitteln zu befriedigen. In dieser Frage gibt es keine Parteien. Hier ist es vaterländische Pflicht, mitzuwirken. Reichskanzler Dr. Stresemann richtete dann einen Appell an die Landwirtschaft, das ihre zur Versorgung der Städte mit Lebensmitteln beizutragen. Immer wieder wurde Dr. Stresemann von der äußersten Linken unterbrochen, bis er schließlich den Zwischenrufern von der Linken zurief: „Ich verstehe Ihre Erregung über den kläglichen Zusammenbruch des unverantwortlichen Generalstreiks, den Sie anzuzetteln versuchten." Er dankte dieser Bemerkung den Beifall des ganzen übrigen Hauses.

Im weiteren Verlauf sagte Dr. Stresemann, auf die Reichsbank zu sprechen kommend, die Regierung ist einmütig der Auffassung, daß die Reichsbank bei voller Wahrung ihrer Souveränität, die gewährleistet bleiben muß, die Maßnahmen der Regierung zu sichern. Zum Schluß erklärte der Reichskanzler:

Wir brauchen das Vertrauen der Parteien und des deutschen Volkes und wir müssen im Auslande zeigen, daß die Parteien des Reichstages eng zusammengerückt sind. Nur der ist verloren, der sich selbst verloren gibt. Das deutsche Volk aber hat das Recht, an die Zukunft zu glauben und wir werden alles tun, um diese Zukunft zu sichern. (Langanhaltender Beifall des ganzen Hauses und auf den Tribünen.)

Vertrauenserklärungen der Parteien

Die bayerische Volkspartei enthält sich der Stimme.

Im unmittelbaren Anschluß an die Kanzlerrede erteilt der **Präsident zur Besprechung der Regierungserklärung dem Abgeordneten**

Hermann Müller

das Wort, der eine kurze Erklärung im Sinne seiner Partei abgab. Auch Marx (Ztr.) beschränkt sich auf eine kurze Erklärung. Inzwischen ist ein Vertrauensantrag der großen Koalition eingelaufen und wird verlesen. Im Anschluß daran nahm das Wort Staatsminister a. D. Hergt (Dtnl.). Er verlangte von der Regierung nicht Worte, sondern Taten. Für die deutsche Volkspartei sprach der neue Fraktionsvorsitzende dieser Partei, Dr. Scholz. Er brachte zum Ausdruck, daß die Volkspartei das größte Opfer ihrem Vaterlande gebracht habe, daß eine Partei bringen kann, indem sie ihren besten Mann für die Führung des Reiches zur Verfügung gestellt haben. Er schloß mit dem Wunsche, daß die neue Regierung zum Besten des ganzen Vaterlandes zu wirken in der Lage sein werde. Im Anschluß hieran sprach Abgeordneter Petersen für die Demokraten. Auch er sprach der Reichsregierung das Vertrauen seiner Partei aus. Für die Bayerische Volkspartei sprach Domherr Leicht. Er begrüßte mit besonderer Genugtuung die anerkennenden Worte, die Reichskanzler Dr. Stresemann für seinen Vorgänger Dr. Cuno gefunden habe. Des weiteren begrüßte er die außenpolitischen Ausführungen des Kanzlers und die Worte, die Dr. Stresemann über die enge Zusammenarbeit mit den Regierungen der Länder versprochen hat. Als der kommunistische Abgeordnete Fröhlich auf der Tribüne erschien, setzte im Hause eine Massenflucht der Abgeordneten ein.

240 : 76

Es folgt die namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum. Für das Votum stimmen die Regierungsparteien, dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Deutschvölkischen und die Kommunisten, sowie die beiden Unabhängigen. Die Bayerische Volkspartei enthält sich der Stimme. Das Vertrauensvotum wird mit 240 gegen 76 Stimmen bei 25 Enthaltungen unter lebhaftem Beifall der Regierungsparteien angenommen.

Neue Kabinettskrise in England?

Ob. Basel, 15. August. (Eig. Ber.) Die „Baseler Nachrichten" melden aus London: Der König ist unerwartet Dienstag nach London zurückgekehrt. Auch Baldwin, der noch 14 Tage in Urlaub bleiben wollte, ist gestern früh in London eingetroffen und hat sich sofort zur Berichterstattung zum König begeben. Die „Times" nennt die gestrige Konferenz: „Politische Ereignisse von großer Tragweite." — Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris" erklärt, daß eine schwere Krisis das englische Kabinett bedrohe. Der konservative Kandidat, der gestern in Portsmouth gewählt wurde, Major Canzer, haben seinen Sieg lediglich seiner französisch-freundlichen Gesinnung zu verdanken. Der konservative Kandidat in Leeds werde seinen Wählern dasselbe Programm vorzeigen.

Die Opposition gegen Stresemann

Ob. Berlin, 15. August. (Eig. Ber.) Nach der gestrigen Reichstagssitzung hielten fast alle Parteien nochmals kurze Fraktionssitzungen ab. In der Fraktion der Deutschnationalen wurde die Möglichkeit eines parlamentarischen Kampfes gegen das Kabinett eingehend erörtert, nachdem auch die bayerische Volkspartei dem Kabinett die Gefolgschaft verweigert hat. Ein Beschluß wurde ausgesetzt, jedoch herrscht Uebereinstimmung, daß der überragend sozialistische Einschlag in dem Kabinett Stresemann eine Unterstützung dieses Kabinetts den Deutschnationalen ganz unmöglich machen würde. Die Gegnerschaft des Kabinetts im Reichstag ist einschließlich der bayerischen Volkspartei mit 110 Abgeordneten zu beziffern.

Der neue Kanzler und die Presse

:: Berlin, 14. August. Nach Schluß der heutigen Sitzung des Reichstages empfing Reichskanzler Dr. Stresemann die Vertreter der Presse. Er hat um die Unterstützung der Presse im Interesse des deutschen Volkes ohne Rücksicht auf die Parteistellung des einzelnen Organs, da gegenüber dem Ausland die Einigkeit der deutschen Parteien notwendiger sei als jemals. Der Reichskanzler stellte weiter in Aussicht, daß er in wichtigen Fällen selbst die Presse informieren werde. Später empfing Dr. Stresemann in der gleichen Weise die Vertreter der auswärtigen Presse.

Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder in Berlin

Berlin, 15. August. Reichskanzler Stresemann hat in einem Rundschreiben an die Freistaaten den Wunsch nach einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder für die kommende Woche in Berlin ausgesprochen. Die Konferenz der Ministerpräsidenten soll eine vertrauliche politische Aussprache bringen über die Grundzüge der Außen- und Innenpolitik der Kanzlerschaft Stresemann.

Die Doppelwährung

Berlin, 14. August. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, unterliegt es heute keinem Zweifel mehr, daß wir in kurzer Zeit zu einer Goldwährung kommen werden, sodaß neben der Papiermarkwährung eine Goldmarkwährung im Umlauf ist. Das ist bekanntlich das Ziel des neuen Finanzministers Dr. Hilferding. Aber er trifft sich hier mit der gesamten Industrie, mit dem Handel, mit der Wirtschaft überhaupt. Jetzt schon stellt sich die gesamte Wirtschaft auf die Goldwährung ein. Man hat sich zu Grundzahlen und Schlüsselzahlen, sogenannten Multiplikatoren bekannt. Diese Multiplikatoren werden nach und nach sich automatisch der Goldwährung anpassen, sodaß der Friedenspreis mal Goldwährung stets die Papierpreise errechnen läßt. Die Goldwährung kann also neben der Papierwährung bestehen bleiben, beide können zusammen Geltung haben. Und sogar beide Zahlungsmittel, die Goldmark und die Papiermark können im Umlauf sein. Man glaubt in politischen Kreisen, daß vor allem die Produktion der Landwirtschaft durch eine Goldwährung stark gefördert werden wird. Die Bauern hätten jetzt bereits eine starke Abneigung gegen die Papiermark und halten lieber ihre Waren zurück, als daß sie Kästen und Truhen mit Papierscheinen füllen. Sie werden wieder mehr zum Markt drängen, wenn sie Goldzahlungen erhalten. Aber es besteht auch die Möglichkeit, durch die geltende Goldwährung aus dem Auslande Gold hereinzubekommen und dadurch neue Reserven der Reichsbank zu geben. Gewiß würde die Einführung der Goldwährung die Papiermark noch weiter entwerten, indessen will man das in den Kauf nehmen und sieht Argentinien als Vorbild, wo ebenfalls lange zwei Währungen neben einander bestanden, bis sie sich ausglichen und die eine eingezogen werden konnte. Wie wir hören, soll ohne Zögern an die Lösung dieser Frage herangetreten werden.

Diplomatenwechsel

!! Berlin, 14. August. Wie wir erfahren, sollen durch den neuen Reichskanzler einige Diplomatenstellen neu besetzt werden. Man spricht davon, daß Dr. Hermes Botschafter in Washington werden wird, für welchen Posten er schon früher in Aussicht genommen ist.

Cunos Rückkehr

:: Berlin, 14. August. Der bisherige Reichskanzler Cuno wird, wie wir erfahren, wieder seinen Posten des Generaldirektors beim Norddeutschen Lloyd übernehmen, der ihm bisher offen gehalten wurde.

Bekämpfung des Wuchers

:: Berlin, 15. August. Der Minister des Innern hat die Polizeiverwaltungen Preußens angewiesen, die fernere Ueberschreitung der Goldmarkpreise im Einzelhandel zur sofortigen Strafanzeige bei den Staatsanwaltschaften zu bringen. Grundlage des Wiederanschaffungspreises sei die Goldmarkparität oder die Dollarparität. Jedes Hinausgehen über diese Sätze sei strafbarer Wucher. (Nach dem Dollarstand von 2 Millionen Mark dürften demnach Butter oder Fett höchstens 500 000 Mark kosten, während in Berlin bis 1¼ Million Mark dafür verlangt werden.)

Das neue Ministerium der besetzten Gebiete

!! Berlin, 14. August. Wie wir erfahren, wird das durch den Coblenzer Oberpräsidenten Dr. Fuchs besetzte neue Ministerium der besetzten Gebiete, das eine Neuschöpfung Stresemanns ist, der, um Dr. Fuchs in sein Ministerium zu erhalten, die Schaffung dieses Ministeriums vorschlug, in enger Fühlung mit dem Innenministerium arbeiten, von dem es auch die meisten Arbeiten übernimmt. Es wird die gleichen Aufgaben haben, wie das in Frankreich bereits bestehende Ministerium ähnlicher Art. Man glaubt, daß die Zusammenarbeit des Innenministers Sollmann und des Ministers für die besetzten Gebiete, Dr. Fuchs, ersprießlich sein wird, da beide Rheinländer sind, die vor allem die Bedürfnisse der besetzten Gebiete genau kennen.